

1 *Der Ortsverein Ehrenfeld beschließt folgenden Antrag und leitet ihn an den Unterbezirksparteitag der der KölnSPD und an*
2 *den SPD-Bundesparteitag weiter*

4 **Rüstungskonversion und Rüstungskontrolle**

6 Trotz verbreiteter Hoffnung nach Ende des Kalten Krieges haben in der Welt nicht weniger kriegerische
7 Auseinandersetzungen stattgefunden.

9 Der Ansatz, durch Hilfen zu wirtschaftlichem Aufbau beizutragen, der Transfer von Bildungs- und sozialen
10 Möglichkeiten ist unbestritten. Auch eine wünschenswerte Verstärkung von Entwicklungszusammenarbeit
11 und diplomatischen Bemühungen reichen nicht aus, um Frieden zu schaffen.

12 So lange Regierungen, Gruppen und Gruppierungen, denen es um Macht und Profit geht, nahezu
13 unbegrenzte Möglichkeiten haben auf dem Weltmarkt Kriegsmaterial zu erwerben, werden Kriege durch
14 wirtschaftliche, humanitäre, soziale und diplomatische Maßnahmen kaum eingedämmt.

15 Maßnahmen dieser Art und die Zurückführung der Rüstungsproduktion und -ausfuhr sind deshalb
16 zusammen zu koppeln.

17 Will man diese Thematik energisch angehen ist allerdings die Tatsache einzubeziehen, dass in Deutschland
18 mit seiner hoch entwickelten Technologie viele Arbeitsplätze, zuzüglich einer großen Anzahl von
19 Arbeitsplätzen bei Zulieferbetrieben von der Rüstungsindustrie abhängig sind. Der Zusammenhang
20 zwischen Rüstungsindustrie und Arbeitsplätzen darf niemanden davon abhalten, mit festem politischen
21 Willen durch Umsteuerungen die Produktion zu begrenzen. Es geht nicht an, sich lediglich auf Schritte wie
22 Begrenzung der Ausfuhr und intensivere Kontrollen zu beschränken.

24 **Beschluss:**

26 Wir unterstützen die Politik von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, die bestehenden
27 Exportrichtlinien wieder restriktiv auszulegen und das Parlament endlich direkt nach Entscheidungen des
28 Bundessicherheitsrats zu informieren.

31 Als erster Schritt wird deshalb die SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages aufgefordert,

- 33 • eine stärkere Beschränkung der Ausfuhr von Rüstungsgütern vorzunehmen und hierbei auch die
34 sogenannten „Kleinfeuerwaffen“ einzubeziehen.
- 35 • eine stärkere Kontrolle der Empfänger durchzusetzen und strengere Maßstäbe an
36 Ausfuhrgenehmigungen zu legen.
- 37 • eine Strukturanalyse über die Qualifikationen der im Rüstungswesen beschäftigten Arbeitnehmer
38 vorzunehmen, und im Zusammenhang damit die regionale Verteilung von großen
39 Rüstungsbetrieben darzustellen.
- 40 • eine Konzeption zu entwickeln, die gestützt auf diese Daten eine längerfristig angelegte
41 Umstrukturierung der Rüstungsbetriebe auf die Produktion von volkswirtschaftlich wichtigen,
42 notwendigen und friedlichen Produkten ermöglicht.
- 43 • bei der Erarbeitung solcher grundsätzlichen Umstrukturierungsgedanken die Gewerkschaften und
44 andere involvierte Gruppen und Institutionen einzubeziehen.
- 45 • die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, auch bereits genehmigte Rüstungsexporte auf den
46 Prüfstand zu stellen.
- 47 • Friedensbildung an Schulen und Hochschulen zu fördern
- 48 • ein Verbot von Werbung für die Bundeswehr in den Schulen durchzusetzen
- 49 • sich für die Beendigung von militärischer Forschungsförderung an Hochschulen einzusetzen

1 Die SPD setzt sich auch auf internationaler Ebene für die Umsetzung dieser Forderungen ein.